Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 4

Artikel: "Die Zukunft ist nicht Staatssache, sonder Bürgersache"
Autor: Letsch, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166089

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Letsch

«Die Zukunft ist nicht Staatssache, sondern Bürgersache»*

Es genügt nicht, einfach nach Reformen zu rufen und offen zu lassen, welche Reformen gemeint sind. Die Absage an den Wahn staatlicher Machbarkeit in allen seinen Erscheinungsformen und die Wiederentdeckung freiheitlicher Grundwerte müssen im Zentrum des Umdenkens stehen.

Umdenken bedeutet eine neue Werte-Hierarchie, die Wohlbefinden über Wohlstand setzt und die nicht dem Wahn der staatlichen Machbarkeit erliegt. Aktionitis und Betriebsamkeit auf dem politischen Parkett, die ordnungspolitisch noch tiefer ins Abseits führen, bringen keine Wende. *«Modernisierung»* ist eine Worthülse und taugt zur Problemlösung ebenfalls nicht. Mehr *«Liberalismus» mag eine positiv zu wertende, «im Grundsatz durchaus klare und einfache Zielsetzung des politischen Handelns sein: Es kommt darauf an, alles zu tun, um die Lebenschancen des Einzelnen zu erweitern. Je mehr Menschen mehr Lebenschancen haben, desto liberaler ist eine Gesellschaft»* – sagt kein geringerer als *Ralf Dahrendorf*[1].

Als wichtige Merkmale, die den Liberalismus kennzeichnen, stösst man auf bekannte Werte, vorab eben Freiheit und Verantwortung, dann aber auch Menschenwürde, Entfaltung der Persönlichkeit, Toleranz, Fortschrittsglaube usw. Vielleicht liegt es gerade in der Weite des Begriffs, dass sich in der Wertung konkreter Probleme, nicht zuletzt in der Beurteilung von Notwendigkeit und Zweckmässigkeit staatlichen Handelns, auch Liberale unterscheiden. Kritisch wird es etwa dann, wenn aus Zielen Ansprüche und Anrechte abgeleitet werden und Gleichheit nicht nur vor dem Gesetz, sondern als Nivellierung postuliert wird. Enger, aber besser fassbar hat *Kurt Eichenberger* den Kern und das Ziel des gebotenen Umdenkens im Sinne der oben herausgearbeiteten ordnungspolitischen Leitideen wie folgt zusammengefasst: *«Das Staatliche zu reduzieren und in festere Grenzen zurückzuziehen wäre das Unerhörte einer restaurativen Revolution. Es wäre eine soziale Askese, die nur real würde aufgrund einer Verinnerlichung des Menschen. Sie müsste sich vollziehen als Folge einer radikalen Neubesinnung, einer individuellen Umkehr, wie sie etwa Karl Jaspers charakterisiert hat»*[2]. Wer zum Umdenken im Sinne eines schlankeren Staates aufruft – und das wäre das Gebot der Stunde – ist also Revolutionär, nicht Bremser und Ewig-Gestriger, geschweige denn ein Sozialabbauer und konstanter Nein-Sager, denn: *«Geschieht das Umdenken zu spät, so wird die Eigendynamik des Staates irgendwann zum Zusammenbruch führen»*[3].

Wer aber ist zum Umdenken und anschliessend zum entsprechenden Handeln aufgerufen? Wir dürfen nicht nur Politiker ansprechen. Wollen diese nachhaltige Wirkung erzielen, so bedürfen sie der breiten Verankerung. Wichtig sind:

- Der Wille jedes Einzelnen zu persönlicher Freiheit und Unabhängigkeit, freiwilliger (nicht vom Staat verordneter) Solidarität, freiwilliger (nicht vom Staat erzwungener) Verantwortung sowie Toleranz Andersdenkenden gegenüber; ferner der Wille, von den politischen Rechten verantwortungsbewusst Gebrauch zu machen und den Rechtsstaat zu respektieren.
- Der Wille, insbesondere der Unternehmer, erfolgreich zu wirtschaften und Gewinne zu erzielen, ihre Freiheit aber nicht zu missbrauchen, sondern ihre Verantwortung umfassend, d.h. gegenüber Kapitalgebern, Mitarbeitern und einer weiteren Umwelt wahrzunehmen; sie müssen bereit sein, auch unter schwierigen äusseren Bedingungen das Pferd zu bleiben, das den Karren zieht, aus eigener Kraft, ohne staatliche Krücken.
- Der Wille aller Beamten, Regierungsmitglieder und Parlamentarier, sich nicht als Übermenschen, Macher und Führer, sondern als Diener des Staates, als «Freund und Helfer» der Bürger zu profilieren. Dann werden sie zu Repräsentanten einer wirklichen Elite, deren Haltung *«nur die jedem Schein abholde Demut sein kann»* (so *Robert*

* «Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Mai 1998.

Holzach, der Ehrenpräsident der Schweizerischen Bankgesellschaft).

Warum aber vermissen wir dieses Umdenken und den politischen Willen zu entsprechendem Handeln bis weit hinein in das sogenannt bürgerliche (und unternehmerische) Lager?

Schwierigkeiten

Drei Schwierigkeiten mögen mitspielen. Vielleicht liegt es – *erstens* – daran, dass manche Akteure zwar nicht auf der ganzen Linie staatsgläubig sind, sich jedoch von einem engen (primär wirtschaftlich verstandenen) Freiheitsbegriff leiten lassen. Sie erliegen leicht Schlagworten, wie «Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung», oder sie werden das Opfer bewusst gesteuerter Begriffsverwirrungen, nicht zuletzt in einem Teil der Medien. Beides kann seine Tücken haben. Wenn zwecks Deregulierung neu reguliert wird, ist Vorsicht geboten. Besser wäre streichen. Wenn Liberalisierung sich in mehr Wettbewerb erschöpft und zu diesem Zweck sogar ein Kartellverbot, staatliche Preisüberwachung und ein Bundesamt für Wettbewerb gefordert werden, so sind wir auf dem Holzweg. Wenn mit Privatisierung «nur» der Übergang von staatlichen zu privaten oder gemischtwirtschaftlichen Aufgabenträgern gemeint ist, begnügen wir uns mit Stückwerk. Privatisierung muss in der Rückführung der überbordenden *kollektiven* in die vorher beschnittene *private* Verantwortung bestehen. Parallel dazu ist die Rückgewinnung persönlicher Freiheit aus den Fesseln staatlicher Bevormundung auf der ganzen Linie durchzusetzen.

> *Privatisierung muss in der Rückführung der überbordenden kollektiven in die vorher beschnittene private Verantwortung bestehen.*

Vielleicht liegt es aber auch – *zweitens* – an unterschiedlichen Werte-Hierarchien, die wir selbst in Kreisen antreffen, die dem Staat in manchen Belangen skeptisch gegenüberstehen und die sich sogar liberal nennen. Werte, wie Friede, Sicherheit und Wohlstand, nicht aber Freiheit, stehen häufig zuoberst auf der Prioritätenliste. Staatssekretär *Jakob Kellenberger* bezeichnet in einem bedenkenswerten Aufsatz im *«Tages-Anzeiger»* vom 17. April 1998 unter dem Titel «Mit der EU gerecht umgehen» diese Institution als *«eine multikulturelle Willenskonstruktion par excellence, geboren aus dem Willen, Europa Friede und Wohlstand zu sichern».* Auch im «Human Development Report 1994» des UNDP (Uno-Entwicklungsprogramm) ist viel von *«Friede, Wohlergehen und Sicherheit für alle Menschen»* die Rede, nicht aber von Freiheit. In diesem Zusammenhang täten wir gut, uns der Worte von *Benjamin Franklin* zu erinnern: *«Diejenigen, die wesentliche Freiheiten aufgeben, um ein wenig Sicherheit für den Augenblick zu erkaufen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit.»* Neuerdings wird die Werte-Hierarchie noch von einer andern Seite beeinflusst, nämlich durch die Ausbreitung stets neuer und mächtiger «Non Governmental Organisations» (NGOs), wie beispielsweise Greenpeace, WWF, Jewish World Congress u.a. Es könnte also durchaus sein, dass sich die Sorge um Freiheitsbeschränkungen bzw. um eine Wiederaufwertung des Freiheitsbegriffs da und dort vom Staat weg zu den NGOs verlagert. Dies ist aber kein Grund, um im Einsatz für Freiheit und Verantwortung gegen staatliche Übergriffe nachzulassen.

Schliesslich ist – *drittens* – der zögerliche Einsatz auch ganz einfach mangelndem Mut für klare Positionen zuzuschreiben. *Karl Schmid* meint dazu, dass wir *«in den Parteien und Parlamenten doch wohl allzuoft und zu selbstverständlich einander entgegenkommen, ohne mehr zu spüren, wann dieses Dem-andern-Entgegenkommen nur durch Entfernung von den eigenen Grundsätzen möglich wird»*[4]. Die Erfahrung lehrt, dass insbesondere bürgerliche Parlamentarier häufig meinen, den im Laufe des politischen Willensbildungsprozesses unerlässlichen Kompromiss schon in ersten Stellungnahmen oder Diskussionsrunden vorwegnehmen zu müssen. Sie beziehen überhaupt keine eigene Position oder verleugnen diese allzu rasch. Damit entfernt sich aber die Lösung eines Problems weiter weg von unsern Vorstellungen, als wenn wir eine härtere Gangart einschlagen würden. Eine härtere Gangart bedeutet keineswegs – um nochmals *Karl Schmid* zu zitieren – *«mit dem Feuer Polarisierung der Gegensätze spielen. Wir wissen alle, dass es Demokratie ohne Kompromiss nicht gibt, aber es muss ein Kompromiss zwischen Positionen sein, nicht der Kompromiss als Position»* (a.a.O., S. 21).

Die Versuchung ist gross, angesichts solcher und anderer Schwierigkeiten zu resignieren oder der Grundsatzdebatten überdrüssig zu werden. Wer sich für Freiheit und Verantwortung stark macht, stützt sich indessen nicht bloss auf theoretische Erkenntnisse. Er holt seine Motivation und Überzeugungskraft dort, wo recht handfeste Missstände ordnungspolitischer Verwahrlosung bereits sichtbar geworden sind oder mehr und mehr sichtbar werden. Es sind dies Länder, in denen teils als Folge kommunistischer oder staatssozialistischer Strukturen, teils im Zuge wohlfahrtsstaatlicher Übertreibungen die Menschen in Armut und Unfreiheit darben bzw. unter Anzeichen der Überforderung von Staat und Wirtschaft

materiell und geistig zu leiden beginnen. Anstatt zu resignieren, wäre deshalb gerade in unserm Land zu überlegen, ob und wie es gelingen könnte, die Orientierung wieder zu finden.

Chancen

Leitidee müsste die Vision einer *«restaurativen Revolution»* im Sinne von *Kurt Eichenberger* sein. Unabdingbare Voraussetzung sind das Umdenken sowie der Wille jedes Einzelnen, der politisch Engagierten und insbesondere der Unternehmer, zu Freiheit und Verantwortung. Unbestritten bleibt auch so die Notwendigkeit einer vom Staat gesetzten Ordnung.

In einer pluralistischen Gesellschaft muss die staatliche Ordnung breit abgestützt sein.

In einer pluralistischen Gesellschaft muss die staatliche Ordnung breit abgestützt sein. Nur dann vermag sie den Wünschen und dem Wohl eines möglichst grossen Teils der Menschen gerecht zu werden. Die vielfältigen Probleme lassen sich nicht durch das Diktat politischer Führer lösen. Die «sachlich besten» Lösungen sollen sich – professoralen Unkenrufen zum Trotz – im Rahmen des direkt-demokratischen Willensbildungsprozesses herausschälen. Der Freiheit verpflichtete mündige Bürger lassen sich keine substantiellen Abstriche an der direkten Demokratie und am Föderalismus gefallen; sie nutzen die Chancen des Milizsystems. Die repräsentative Demokratie genügt nicht. Diese fördert sogar das Selbstbewusstsein der Repräsentanten und jener, die es werden wollen. Nur die direkte Demokratie kann Machtgelüste vermeintlicher Übermenschen in Schranken weisen. So bedauerlich schwache Stimmbeteiligungen sind, so trägt das Ergebnis von Volksabstimmungen der Pluralität unserer Gesellschaft immer noch besser Rechnung als der Entscheid einer Anzahl Abgeordneter in Bern. Das «Wohl des Volkes» erträgt keine substantiellen Abstriche an den Entscheidungsmechanismen der direkten Demokratie, selbst wenn im Zuge weltweiter Entwicklungstendenzen die Volkssouveränität unter Globalisierungsdruck geraten kann. Deshalb gilt das Nein allen Tendenzen, welche diese in ihrem Kern schwächen und unsern Rechtsstaat mit illegalen Mitteln aushöhlen.

Was den Inhalt der staatlichen Ordnung anbetrifft, so muss diese grundsätzlich Freiheit und Verantwortung respektieren und darauf aufbauen. Das bedeutet Ja zu einer föderalistischen Staatsordnung, einer von Klein- und Mittelbetrieben dominierten Wirtschaftsstruktur und zur Sozialpartnerschaft. Wir wollen einen Staat, der günstige Voraussetzungen für Lebensqualität und erfolgreiches Wirtschaften schafft (wozu auch die innere und äussere Sicherheit gehört), einen Staat, der den Unternehmern und den Sozialpartnern die Verantwortung für ihr Tun und Lassen nicht abnimmt, sondern sich auf die Milderung unverschuldeter Notlagen und gezielte Hilfe für Bedürftige sowie auf die Bekämpfung offensichtlicher Missbräuche der Freiheit beschränkt. Dieses Ja zu einem in seinen Ordnungsfunktionen starken Staat bedeutet gleichzeitig ein Nein zu allem, was den Staatsapparat unnötig aufbläht, die Unternehmerinitiative, die Leistungs- und Risikobereitschaft lähmt, verkrustete Strukturen zementiert, die Verantwortung zwischen Unternehmern und Staat ver-

Ja zu einer föderalistischen Staatsordnung, einer von Klein- und Mittelbetrieben dominierten Wirtschaftsstruktur und zur Sozialpartnerschaft.

Ja:
Aufgrund dieser generellen Leitideen gilt es, folgende konkrete Anliegen zu befürworten:
- verstärkter Schutz gegenüber Kriminalität jeder Art und strengere Praxis im Asylwesen;
- rasche und nachhaltige Sanierung des Bundeshaushaltes durch bessere Ausgabendisziplin;
- eine zeitgemässe, bedarfsgerechte und wirtschaftliche Infrastruktur im weitesten Sinn, wozu auch Ausbildung und Forschung gehören;
- sinnvolle internationale Zusammenarbeit, ohne Einbindung in die heutige EU;
- Vereinfachungen und Beschleunigungen in den Bewilligungsverfahren sowie Effizienzsteigerung (evtl. ganze oder teilweise Privatisierungen) in staatlichen Verwaltungen und Betrieben.

Nein:
Demgegenüber gilt das Nein insbesondere folgenden Absichten:
- dem Weiterausbau des Sozialstaates, sei es im Bereich der Sozialversicherungen und des generellen Sozialschutzes, sei es mit der gesetzlichen Verankerung von Sozialzielen und -anrechten oder Umverteilungsmechanismen;
- neuen oder Erhöhung bestehender Steuern und Abgaben über die zurzeit verfassungsmässig gesetzten Grenzen hinaus:
- überdimensionierten Projekten im öffentlichen Verkehr;
- staatlichen Beschäftigungs-, Struktur- und anderen Fördermassnahmen (einschliesslich Kultur und Sport);
- institutionellen Reformen, die nicht der Effizienzsteigerung dienen, sondern Machtgelüste von Verwaltung, Regierung und Parlament stärken (wie etwa die sogenannte Staatsleitungsreform oder die Aushöhlung der direkten Demokratie).

wischt, anstelle vertraglicher immer mehr gesetzliche Ordnungen setzt und die Wirtschaft überfordert.

Parteipolitische Neustrukturierung

Angesichts der hohen Anforderungen einer derartigen «restaurativen Revolution» sowie eingedenk der Schwierigkeiten des erforderlichen Umdenkens und Handelns darf der Frage nicht ausgewichen werden, ob mit der heutigen Parteienstruktur ein Durchbruch überhaupt zu schaffen ist. Wir stellen fest, dass sich die Grenzen zwischen den sogenannt bürgerlichen Parteien – und diese sind hier ja primär angesprochen – mehr und mehr verwischen. Sogar die einst dem freiheitlichen Gedankengut ganz speziell verpflichtete FDP kämpft *«im Loch der Mitte»* (so die NZZ vom 7./8. März 1998) um Wähleranteile. Vermöchte vielleicht eine parteipolitische Neustrukturierung die Renaissance des ordnungspolitischen Denkens und Handelns erfolgreicher zu erwirken, als es das traditionelle Machtkartell unserer Bundesratsparteien zu tun vermag? *Franz Steinegger*, der Präsident der FDP Schweiz, lehnt im *«Tages-Anzeiger»* vom 2. März 1998 das *«überkommene Koordinatensystem von links und rechts»* ab. Seine Kriterien *«Konservative»* und *«Fortschrittliche»* taugen indessen ebenfalls nicht. Entscheidendes Kriterium müsste doch sein, wer – unabhängig von der heutigen Parteizugehörigkeit – Freiheit und Verantwortung und eine darauf basierende konsequente Ordnungspolitik als verlässlichsten Kompass im politischen Labyrinth wählt, oder wer im Glauben an die staatliche Machbarkeit verharrt, sich durch Gesetze und Fiskallasten entmündigen, enteignen und als Spielball politischen Machtdünkels missbrauchen lässt. Wohl würden auch mit einer solchen Trennlinie kleinere Splittergruppen sowie Gratwanderungen im politischen Alltag nicht vollständig ausbleiben. Der Weg zum Ziel, nämlich zu einem umfassenden freiheitlichen Ordnungssystem für Staat und Wirtschaft, wäre aber fester gepflastert und geradliniger als das mühsame Strampeln im «Morast der Mitte». ✦

[1] Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise, Stuttgart 1986, S. 37.
[2] Kurt Eichenberger, Leistungsstaat und Demokratie, Basler Rektoratsrede 1968, in: Der Staat der Gegenwart, hrsg. von Verfassungsrat und Regierungsrat des Kantons Aargau, Basel 1980, S. 66.
[3] Detmar Doering, Nicht vertrauenswürdig: Der Staat als Garant der Freiheit, in: Die Enkel des Perikles (Liberale Positionen zu Sozialstaat und Gesellschaft), hrsg. von Roland Baader, Resch-Reihe 1995, S. 123.
[4] Karl Schmid, Fortschritt und Dauer, Band III, Zürich 1975, S. 18.

Hans Letsch war während 16 Jahren Mitglied der Bundesversammlung, zunächst als Nationalrat und anschliessend bis 1987 als aargauischer Ständerat. Vorher hatte er, nach Abschluss der volkswirtschaftlichen Studien an der Universität Zürich 1951, leitende Stellungen in öffentlichen Verwaltungen inne. 1971 erfolgte der Übertritt in die Privatwirtschaft und die Ernennung zum Titularprofessor der Hochschule St. Gallen, wo ihm 1987 auch der Max Schmidheiny-Preis verliehen worden ist. Zahlreiche Publikationen zu grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, so insbesondere «Soziale Marktwirtschaft als Chance» (1992) und «Stoppt den Staat – er ist zu teuer» (1996).

Überarbeitete Fassung des Schlusskapitels von: Hans Letsch, Freiheit und Verantwortung – ein Kompass im Labyrinth politischen und wirtschaftlichen Wunschdenkens, in: 10 Jahre Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft, Aarau 1998.

Kleine und mittlere Unternehmen im Visier des Cartoonisten

Wir haben den Solothurner Cartoonisten Christoph Biedermann gebeten, die Beiträge zum Dossier «Kleine und mittlere Unternehmen – Rückgrat der Volkswirtschaft» zu illustrieren. Er zeichnet auch für das Titelbild verantwortlich. Der Künstler wurde 1966 in Muri b. Bern geboren. Nach seiner Ausbildung zum Graphiker arbeitete er in verschiedenen Werbeagenturen. Seit 1997 ist Christoph Biedermann Mitinhaber und Art Director der Werbeagentur I/B/L & Partner AG in Solothurn.
Christoph Biedermann ist zuletzt mit Illustrationen im «Nebelspalter» und «Brückenbauer», in «Ticket» und in der «Weltwoche» hervorgetreten und hat an diversen Ausstellungen in der Schweiz sowie an der Kantonalen Cartoon-Biennale in Davos, am Internationalen Cartoon-Festival Langnau i. E. und am Cartoon-Festival in Morges (VD) teilgenommen. ✦

Die Redaktion